

KLAUS STEINITZ

Chancen für ein soziales und demokratisches Europa

Anfang Mai fand im Pariser Palais Luxembourg unter dem Titel »Ein soziales Europa – ein Europa der Völker« ein Kolloquium zur Geschichte und aktuellen Bedeutung eines vereinigten Europas statt. Träger waren die Stiftung Espaces-Marx zusammen mit anderen linken Bewegungen und Organisationen Frankreichs sowie den Fraktionen der Sozialisten, der Grünen und der Vereinten Linken im Europäischen Parlament.

Mit dieser Veranstaltung eröffneten die Kräfte der pluralen Linken in Frankreich ihre öffentliche Verständigung über Positionen für die französische EU-Ratspräsidentschaft, die im Juli beginnt. Dazu suchten sie auch das Gespräch mit unterschiedlichen linken Kräften aus anderen Ländern Europas. Aus Deutschland nahmen Gewerkschafter, Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS, der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, der Jusos und Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung teil.

Das interessante, äußerst anregende Kolloquium erwies sich für die Fortsetzung des Meinungs austauschs zu den für die heute Lebenden aber auch für zukünftige Generationen wichtigen Problemen des zukünftigen Europa als ausgesprochen nützlich. Es war durch eine große Spannweite der erörterten Probleme gekennzeichnet. Sie reichte von der Darstellung der widerspruchsvollen Prozesse der Herausbildung »Europas« in der wechselhaften Geschichte der letzten 2000 Jahre (*Marc Ferro*, französischer Historiker) bis zur Begründung von Zukunftsvisionen eines neuen Europas, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, von Vorstellungen über die notwendigen inhaltlichen Veränderungen des Europaprozesses in allen wichtigen Sphären der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Geld und Finanzen, Soziales, Ökologie, Kultur) bis zu Forderungen nach Umgestaltung der europäischen Institutionen, von den Erfordernissen der Osterweiterung der EU bis zu den widersprüchlichen Beziehungen Europas zur heute einzigen hegemonialen Weltmacht USA.

In über 50 Beiträgen und in freier Diskussion wurde in zwei Plenartagungen und in sieben Arbeitsgruppen von Abgeordneten des Europaparlaments, Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Vertretern sozialer Bewegungen um diese Probleme gerungen.

Ungeachtet unterschiedlicher Sichtweisen der Teilnehmer auf Probleme und konkrete Aufgaben im europäischen Integrationsprozeß, unter anderem zum Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung der EU, zu den Bedingungen für die Aufnahme neuer

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS und Herausgeber der Schriftenreihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik«.

Mitglieder, zu den notwendigen institutionellen Veränderungen der EU, zur jeweiligen Verantwortung der Nationalstaaten und der europäischen Institutionen in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, dominierte doch die Kritik an der bisherigen europäischen Vereinigung. Diese sei von Kapitalinteressen bestimmt und letztlich auch die entscheidende Ursache für das zunehmende Desinteresse der Bevölkerung an »Europa«, wie es sich auch an der geringen Wahlbeteiligung zum Europaparlament im letzten Jahr zeigte.

Da es im Rahmen dieses Konferenzberichts nicht möglich ist, die Vielzahl der aufgeworfenen Fragen darzustellen, beschränke ich mich auf einige grundlegende Probleme, die für die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses und die Diskussion darüber besonders wichtig sind.

Erstens wurde von den Teilnehmern übereinstimmend betont, daß die europäische Integration als ein *politisch zu gestaltender Prozeß* weitergeführt werden muß. Nur wenn es gelingt, die einseitige neoliberale Ausrichtung der EU auf Freihandel, Liberalisierung und Deregulierung der Märkte sowie auf Geldwertstabilität zu überwinden, und statt dessen ein politisches Projekt der sozialen, demokratischen und für die Menschen transparenten Gestaltung der europäischen Integration auszuarbeiten und auch durchzusetzen, wird es ein soziales Europa, ein Europa der Völker geben.

Ein solches politisches Projekt muß, wenn es Erfolgchancen haben soll, die veränderten Entwicklungsbedingungen der EU seit den neunziger Jahren berücksichtigen – den Fall der Berliner Mauer und den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa genauso wie die neue Qualität der Globalisierung, den Ausbau von Hegemonie und Dominanz der USA in den internationalen Beziehungen und natürlich auch den ersten Krieg in Europa nach der Niederlage des Faschismus sowie die wachsende Präsenz und den größeren Einfluß des Rechtsradikalismus und Rassismus. Die Basis dieses Projekts wäre ein europäisches Gesellschaftsmodell für eine demokratische, soziale, ökologisch nachhaltige, emanzipatorische und friedliche Entwicklung (*Philippe Herzog*, Frankreich und andere). Europa muß als politischer Raum in Richtung einer »jacobinischen Republik« (*Marie-Noëlle Lienemann*, Frankreich) gestaltet werden, in der die Menschen sich für die Entwicklung des Kontinents interessieren und darauf Einfluß nehmen können. Entscheidend sind die Akteure, die sich für ein solches Europa in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und vor allem in gemeinsamen grenzüberschreitenden Aktionen einsetzen – wobei dem Widerstand gegen die allmähliche Angleichung an das US-amerikanische Sozialmodell besondere Bedeutung zukommt.

Auf der Tagesordnung steht, die Solidarität im nationalstaatlichen und vor allem im zwischenstaatlichen Maßstab zu stärken, eine globale, in einem ersten Schritt europäische Vernetzung der Akteure zu erreichen. In diesem Zusammenhang spielte die von *Pierre Bourdieu* vorgeschlagene Initiative für »Generalstände sozialer Bewegungen« in Europa eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe wäre es, eine politische Alternative zur neoliberalen Politik, die sich auch unter den sozialdemokratischen Regierungen zunehmend durchsetzt, zu erarbeiten. Die bei den Gewerkschaften im Hinblick

auf europaweite, Ländergrenzen überschreitende Solidarität und Aktionsfähigkeit bestehenden beträchtlichen Defizite zu überwinden, ist eine Lebensfrage, die auch die weitere Perspektive der Gewerkschaften selbst mit entscheidet (*Horst Schmitthener*, Deutschland und andere).

Zweitens wurde von vielen Teilnehmern die Bedeutung hervorgehoben, die den *Beziehungen zwischen europäischer Integration und Globalisierung beziehungsweise zwischen Europa und den USA* für die weitere Entwicklung der EU zukommt.

Die realen Entwicklungsprozesse der EU in den neunziger Jahren wurden und werden von der kapitalistischen Globalisierung stark beeinflusst. Bisher wurden die Chancen, in Europa ein bestimmtes Gegengewicht zur neoliberal geprägten Globalisierung zu schaffen, nicht genutzt. Damit werden auch viele, bisher unbeantwortete Fragen aufgeworfen: Welche Möglichkeiten hat Europa, auf die Globalisierungsprozesse in Richtung sozialer und demokratischer Alternativen einzuwirken? Welche spezifische Verantwortung trägt Europa für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts? Welche Wirkungen haben die Veränderungen in den internationalen Organisationen – WTO, IWF, Weltbank und andere – auf die Gesetzgebungsprozesse im Rahmen der EU?

Die Verfaßtheit des derzeitigen Europas bietet kaum Chancen, um die Globalisierung positiv zu beeinflussen. Dazu wäre vor allem eine Änderung der Prioritäten innerhalb der EU notwendig, von der Liberalisierung der Märkte und der Geldwertstabilität zu politisch sozialen Prioritäten. Im Vordergrund muß zunächst stehen, die negativsten, brutalsten Wirkungen der Globalisierung auf die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Menschen zurückzudrängen (*Suzanne de Brunhoff*, Frankreich).

Seit dem Untergang des Staatssozialismus in Europa hat sich die Vormachtstellung der USA in der Weltwirtschaft verstärkt. Von ihr gehen auch immer stärkere Einflüsse auf die ökonomische und soziale Entwicklung Europas aus: neben der Ausprägung eines »Shareholder-Kapitalismus«, zunehmender Finanz- und Unternehmensfusionen, der voranschreitenden Umstrukturierung der Unternehmen auch die anhaltende Schwäche des Euro im Verhältnis zum Dollar, der Druck zur Ausweitung eines Niedriglohnsektors und eine Tendenz zur Aushöhlung des europäischen Sozialmodells.

Wie ist unter diesen Bedingungen das EU-Konzept von Lissabon zu werten, die Hegemonie der USA zu brechen? »Selbst wenn die amerikanische Vormacht in absehbarer Zeit erschüttert würde ..., würde sie nicht automatisch von einer europäischen Vormacht abgelöst ... Sie würde vielmehr zu einer Krise der amerikanischen Wirtschaft führen, von der auch die Weltwirtschaft und insbesondere die EU betroffen würden. (...) Der Weg des Wirtschaftskrieges gegen die USA und die Gegenreform im Namen des »Shareholder-Kapitalismus« führt ... absehbar nicht zu einer neuen dynamischen Ökonomie in Europa, sondern in die Sackgasse ökonomischer Stagnation, sozialer Erosion und politischer Konflikteskalation. (...) Die Alternative zu dieser Sackgasse liegt in der (Wieder)Belebung, dem Ausbau und dem Schutz eines europäischen Entwicklungsmodells, das ökonomisch durch die Eckpunkte Vollbeschäftigung,

soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gekennzeichnet ist« (*Jörg Huffs Schmid*, Deutschland).

Die Stärke des Dollars gegenüber dem Euro, die eng mit der weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA verbunden ist, vor allem auf der dynamischen Wirtschaftsentwicklung, dem hohen Kapitalzufluß aus den Krisengebieten beruht und zu einem lang anhaltenden Aktienboom geführt hat, wird sich in absehbarer Zeit kaum ändern. Der Euro hat keinerlei Chance, als Rivale gegenüber dem Dollar erfolgreich zu sein (*Paul Boccara*, Frankreich).

Drittens bestand Übereinstimmung darüber, daß *Fortschritte auf dem Weg zu einer sozialen, demokratischen, für die Menschen mehr transparenten EU nicht durch einen Akt grundlegender Veränderungen, sondern nur über einzelne konkrete Schritte* auf den verschiedenen Gebieten zu erzielen sind. In der Diskussion dieser Problematik gab es recht unterschiedliche Akzente. Einerseits wurde hervorgehoben, daß ein »soziales Europa« in der nächsten Zeit kaum Chancen hat, dazu sind die Gegenkräfte zu stark (*Michel Rogalski*, Frankreich). Andererseits wurden Möglichkeiten gesehen, auf wichtigen Gebieten Teilfortschritte zu erreichen, insbesondere in der Beschäftigungspolitik, bei der Ausarbeitung und Durchsetzung eines europäischen Staatsbürgerschaftsrechts, in der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen europäischer Institutionen.

Als eine Schlüsselfrage für ein soziales und demokratisches Europa wurde die Ausarbeitung und Bestätigung einer »Charta der Grundrechte« für alle in Europa lebenden Menschen angesehen. Übereinstimmend wurde hervorgehoben, daß es sich dabei jedoch nicht um eine unverbindliche Erklärung zu den Grundrechten durch die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU handeln darf. Das eigentliche Problem ist die *Fixierung verbindlicher, von den Bürgerinnen und Bürgern einklagbarer Rechte*. Bisher widersetzen sich jedoch die Regierungen der meisten EU-Länder einer solchen verbindlichen Regelung der Grundrechte. Die in eine Charta aufzunehmenden Grundrechte müssen auch solche einschließen, die den Veränderungen der letzten Jahrzehnte, unter anderem den technologischen Entwicklungen (insbesondere Informations/Kommunikationstechniken, Bio-/Gentechnik) und der ökologischen Nachhaltigkeit, gerecht werden (*Alima Boumedienne*, Frankreich und andere).

Eine aktive Beschäftigungspolitik der EU-Länder als unverzichtbares und bestimmendes Element einer linken Reformpolitik setzt vor allem voraus, daß über Inhalt und Ziel der Vollbeschäftigung, über die Wege und Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie über die Beziehungen zwischen nationaler und gemeinsamer EU Beschäftigungspolitik eine größere Klarheit und Übereinstimmung unter den Linken erreicht wird. Vollbeschäftigung darf nicht auf den Zugang zur Erwerbsarbeit reduziert werden und von ihren Bedingungen abstrahieren. Massenhaft prekäre Arbeit, Löhne an der Armutsgrenze, Zwangsarbeit und ähnliches stehen im Widerspruch zu einem linken Konzept der Vollbeschäftigung. Ein solches Konzept muß auch wesentlich über das keynesianische Vollbeschäftigungsmodell hinausgehen. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist es wichtig, neben der Stärkung der Nachfrage,

der Weiterbildung und Qualifizierung, der Verkürzung der Arbeitszeit, finanz- und geldpolitische Instrumente – insbesondere niedrigere Kreditzinsen für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, Zinsvergünstigungen für Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – zu nutzen (*Paul Boccard*).

Viertens entwickelte sich eine interessante und teilweise kontroverse Diskussion zu *Problemen der Sicherheit und des Friedens*. Der thematische Bogen wurde gespannt von Problemen der Herausbildung einer tatsächlichen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, dem Wechselverhältnis von Rüstung und Abrüstung über Entmilitarisierung und den Erfordernissen neuer internationaler Sicherheitsstrukturen bis zur Problematik einer humanitär motivierten Einmischung sowie zu aktiver Solidarität. Hier wurden unterschiedliche Sichtweisen und zum Teil auch grundsätzliche Differenzen in bezug auf künftige Perspektiven und gemeinsame Ansätze für eine Sicherheitspolitik auf dem europäischen Kontinent sichtbar. Die Diskussion der Probleme auf dem Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik wird sehr stark von weltanschaulichen und ethischen Aspekten, insbesondere pazifistischen Grundüberzeugungen, überlagert.

Weitgehender Konsens bestand in der Hervorhebung der neuen Qualität, die mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa eingetreten ist. Diese Aggression markiert eine Zäsur im Völkerrecht und im internationalen Beziehungsgeflecht überhaupt. Unterschiedliche Sichtweisen allerdings gab es zu den Fragen der Beteiligung europäischer Staaten an diesem NATO-Krieg, zu den neuen Herausforderungen an internationales Konfliktmanagement und zu Strategien langfristiger Konfliktvorbeugung und -verhütung.

Fünftens wurden von französischen Teilnehmern hohe *Erwartungen für eine stärkere soziale und beschäftigungspolitische Orientierung der europäischen Integration* in der Zeit der EU-Präsidentschaft Frankreichs im zweiten Halbjahr und an die Regierungskonferenz in Nizza im Herbst 2000 gesetzt. Mehrere Redner hoben hervor, daß, wenn es nicht gelingt, in diesem Jahr Veränderungen durchzusetzen (insbesondere durch eine institutionelle Reform – Demokratisierung und höhere Effizienz der Institutionen sowie speziell die Einführung von Mehrheitsentscheidungen – und die Annahme einer verbindlichen europäischen Charta), die Chancen hierfür längere Zeit verspielt seien. Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit einigen neueren Tendenzen bei den Wahlergebnissen – Stärkung rechtsradikaler und konservativer Kräfte – und mit der bevorstehenden Osterweiterung der EU gesehen. Vor übertriebenen Erwartungen an die französische Ratspräsidentschaft in diesem Jahr wurde jedoch auch gewarnt.

Sechstens war für einen durch die politische Kultur in Deutschland nicht gerade verwöhnten Teilnehmer der offene, freundschaftliche Diskussionsstil zwischen den Vertretern verschiedener politischer Parteien und Richtungen, zwischen Sozialisten, Kommunisten und Grünen besonders beeindruckend.